

NIEDERSCHRIFT

Niederschrift Nr. 3

Kreistag

am 11.10.2011

Aula des Hellweg Berufskollegs, Unna

Beginn 15:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Michael Makiolla (ohne)

Heike Brossat (SPD)

Christel Ciecior (SPD)

Brigitte Cziehso (SPD)

Martina Eickhoff (SPD)

Bernd Engelhardt (SPD)

Hartmut Ganzke (SPD)

Jens Hebebrand (SPD)

Christine Hölling (SPD)

Wolfgang Kerak (SPD)

Jürgen Kerl (SPD)

Dirk Kolar (SPD)

Ingrid Kroll (SPD)

Sascha Kudella (SPD)

Ursula Lindstedt (SPD)

Dieter Mendrina (SPD)

Gerd Oldenburg (SPD)

Theodor Rieke (SPD)

Bärbel Schmidt (SPD)
Heinz Steffen (SPD)
Simone Symma (SPD)
Walter Teumert (SPD)
Peter Vaerst (SPD)
Brunhilde Weinhold (SPD)
Rüdiger Weiß (SPD)
Martin Wiggermann (SPD)
Herbert Ziegenbein (SPD)
Wolfgang Barrenbrügge (CDU)
Michael Blandowski (CDU)
Günter Bremerich (CDU)
Marlies Deppe (CDU)
Michael Dobrowolski (CDU)
Peter Dörner (CDU)
Jörg-Uwe Ebner (CDU)
Claudia Gebhard (CDU)
Ute Gössing (CDU)
Hubert Hüppe (CDU)
Wilhelm Jasperneite (CDU)
Paul-Heinz Kranemann (CDU)
Helmut Krause (CDU)
Gerhard Meyer (CDU)
Elke Middendorf (CDU)
Carl Schulz-Gahmen (CDU)
Martina Plath (CDU)
Ursula Sopora (CDU)
Hubert Zumbusch (CDU)
Hans-Ulrich Bangert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gudrun Bürhaus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Herbert Goldmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Andrea Hosang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Jochen Nadolski-Voigt (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)
Anke Schneider (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Barbara Streich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gabriele Wentzek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ab 15.50 Uhr
Gero-Heinrich Bangerter (FDP)

Michael Klostermann (FDP)
Heike Schaumann (FDP)
Sigurd Senkel (FDP)
Wolfgang Schilken (FDP)
Jana Müller-Simdorn (DIE LINKE.)
Dieter Reichwald (DIE LINKE.)
Werner Sell (DIE LINKE.)
Dieter Albert (FWG)
Helmut Stalz (FWG)
Helmut Rosenkranz (GFL)
Dr. Matthias Laarmann (GFL)

Für die Verwaltung

Herr Kreisdirektor Stratmann
SPD-Kreistagfraktion
Herr Hahn, Dez. IV
Kreistagfraktion
Frau Leiß, L PM
Kreistagfraktion
Frau Bierwolf-Siegrist, Schriftführerin
Kreistagfraktion

GRÜNEN

Geschäftsführer der FDP-Kreistagfraktion

Zuhörerinnen und Zuhörer

Gäste und Zuhörer/innen

Herr Erdmann, Geschäftsführer der
Frau Bock, Geschäftsstelle der CDU-
Herr Pufke, Geschäftsstelle der CDU-

Frau Schmidt, Geschäftsführerin der

BÜNDNIS 90/DIE

Herr Wette,

Vertreter der Medien
Interessierte

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner

Punkt 2

Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin für den Kreistag

Punkt 3

Verkehrsflughafen Dortmund

Punkt 3.1

154/11

Verkehrsflughafen Dortmund

Antrag auf Änderung der Betriebsgenehmigung nach § 6 Abs. 4 Luftverkehrsgesetz

Punkt 3.2

116/11

Juristische Unterstützung der betroffenen Kommunen im Kampf gegen die Ausweitung der Betriebszeiten des Flughafens Dortmund

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 03.06.2011 -

Punkt 4

156/11

Allgemeine Vorschrift zur Ausreichung der Ausgleichsleistungen für die Schülerbeförderung nach dem ÖPNVG NRW §11a

Punkt 5

157/11

Förderung nach § 11.2 ÖPNVG NRW – ehemals alte Fahrzeugförderung

Punkt 6

137/11

Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der GPA NRW

Punkt 7

131-1/11

Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2011

Punkt 8

124/11

10. Änderungssatzung zur Allgemeinen Gebührensatzung mit Gebührentarif für den Kreis Unna

Punkt 9

173/11

Übernahme einer Ausfallbürgschaft zugunsten der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU)

Punkt 10

089-2/11

2. Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplans für den Kreis Unna

Punkt 11

170/11

Ernennung des Kreisbrandmeisters nach § 34 Abs. 1 FSHG

Punkt 12

Sozialticket im Kreis Unna

Punkt 12.1

167/11

Sozialticket im Kreis Unna;

Informationen der Verwaltung zu den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sozialtickets

Punkt 12.2

178/11

Sozialticket

- Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 26.09.2011 -

Punkt 12.3

132/11

Land macht Weg zum Sozialticket in ganz NRW frei:

Landesförderung zum Sozialticket im Kreis Unna Preis senkend einsetzen

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19.08.2011 -

Punkt 13

164/11

Verlängerung der Vereinbarung zur Mitfinanzierung ambulanter sozialpädiatrischer Behandlungen

Punkt 14

165/11

Finanzierung der Kontaktstellen für psychisch kranke Menschen ab 2012

Punkt 15

168/11

Psychosoziale Beratung und Begleitung / Wohnberatungsagenturen;
Fortführung der Finanzierung

Punkt 16

169/11

Verlängerung und Anpassung der Vereinbarung zur Finanzierung der Frauen- und Mädchenberatungsstelle des Frauenforums im Kreis Unna e.V.

Punkt 17

134/11

Änderung der Satzung des Kreises Unna zur Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder sowie von Kostenbeiträgen zur Tagespflege (EKBS)
- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Punkt 18

158/11

Abschluss eines Kooperationsvertrages Sport mit dem KreisSportBund Unna e.V.

Punkt 19

145/11

5. Änderungsverfahren (Bereich „Horstmar – Niederaden – Methler“) des Landschaftsplanes Nr. 1 „Raum Lünen“ – Satzungsbeschluss

Punkt 20

130/11

Biologische Vielfalt im Kreis Unna bewahren
- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.07.2011 -

Punkt 21

150/11

Planung und Herrichtung der Außenanlagen am Gästehaus der Ökologiestation

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.08.2011

Punkt 22

Hydraulic Fracturing

Punkt 22.1

171/11

Unkonventionelle Erdgasförderung (Hydraulic Fracturing) im Kreis Unna

- Antrag der CDU-Fraktion vom 14.09.2011 -

Punkt 22.2

174/11

„Schutz der Bevölkerung und des Trinkwassers im Kreis Unna vor den möglichen Folgen des Hydraulic Fracturing“ - Verabschiedung einer Resolution

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21.09.2011

Punkt 23

175/11

Bestellung einer Beschäftigten zur Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes

Punkt 24

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 25

127/11

Neubau der Kreisstraße 10n in Schwerte

- Vergabe des Auftrags -

- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Punkt 26

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Fragestunde für Einwohner

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2

Bestellung einer stellvertretenden Schriftführerin für den Kreistag

Beschluss

Der Landrat schlägt Frau Birgit Scholz zur stellvertretenden Schriftführerin für den Kreistag vor.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 3

Verkehrsflughafen Dortmund

Erörterung

Herr Landrat Makiolla führt aus, dass in der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihren Antrag zum Verkehrsflughafen für erledigt erklärt habe. Dies resultiere aus der Stellungnahme, die heute zur Abstimmung stünde, sowie der zweimaligen Behandlung des Themas in der Bürgermeisterkonferenz. Ergebnis dieser Beratungen sei, dass die Gemeinde Bönen und die Städte Fröndenberg und Schwerte die Stellungnahme des Kreises übernehmen und somit die Unterstützung des Kreises in Anspruch genommen hätten. Die Gemeinde Holzwickede sowie die Städte Unna und Kamen gäben eine eigene Stellungnahme ab, da hier zum Teil eine weitergehende Betroffenheit vorliege. Eine Unterstützung bzw. weitere Unterstützung werde derzeit von keiner Stadt oder Gemeinde aus dem Kreisgebiet als notwendig erachtet. Die Stadt Unna habe mitgeteilt, sich gegebenenfalls nach Vorliegen der Entscheidung der Bezirksregierung Münster an den Kreis zu wenden.

Von Seiten der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FWG- sowie GFL-Gruppe wird die Qualität der von der Verwaltung erarbeiteten Stellungnahme hervorgehoben und die Zustimmung dazu erklärt. Ein weiterer Ausbau des Flugbetriebes sei den betroffenen Anwohnern nicht zumutbar.

Herr Senkel teilt mit, dass es innerhalb der FDP-Fraktion unterschiedliche Haltungen zu diesem Thema gebe und sich dies im Abstimmungsverhalten widerspiegeln werde.

Punkt 3.1

154/11

Verkehrsflughafen Dortmund

Antrag auf Änderung der Betriebsgenehmigung nach § 6 Abs. 4 Luftverkehrsgesetz

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die Stellungnahme der Bezirksregierung Münster zu übersenden.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt (62 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen der FDP-Fraktion, 1 Enthaltung der FDP-Fraktion)

Punkt 3.2

116/11

Juristische Unterstützung der betroffenen Kommunen im Kampf gegen die Ausweitung der Betriebszeiten des Flughafens Dortmund

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 03.06.2011 -

s. Punkt 3 der Niederschrift

Punkt 4

156/11

Allgemeine Vorschrift zur Ausreichung der Ausgleichsleistungen für die Schülerbeförderung nach dem ÖPNVG NRW §11a

Beschluss

Die Allgemeine Vorschrift nach §11a ÖPNVG NRW zur Weiterleitung der Mittel für Ausgleichsleistungen zur Beförderung von Personen mit Zeitfahrausweisen im Ausbildungsverkehr wird rückwirkend zum 01.01.2011 beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 5

157/11

Förderung nach § 11.2 ÖPNVG NRW – ehemals alte Fahrzeugförderung

Beschluss

Die Förderrichtlinie des Kreises Unna zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Servicequalität im ÖPNV wird beschlossen. Die neue Richtlinie wird mit Wirkung zum 01.01.2012 in Kraft gesetzt

(Vorlauf Fristen beginnen jedoch bereits ab 1. November 2011 – Erstellung des Vorhabensplans).

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 6

137/11

Ergebnisse der überörtlichen Prüfung der GPA NRW

Beschluss

Der Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Ergebnisse der überörtlichen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW gem. § 105 (5) GO NRW wird zur Kenntnis genommen. Der vorgeschlagenen Verfahrensweise wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 7

131-1/11

Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2011

Beschluss

1. Der Budgetbericht des Kreiskämmerers zum Stichtag 30.06.2011 wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Budgetverschiebung in Höhe von 100.000 € vom Budget 40 „Schulen und Bildung“ in das Budget 69 „Natur und Umwelt“ wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

zu 1.

Kenntnisnahme

zu 2.

mehrheitlich zugestimmt

(46 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE., FWG- und GFL-Gruppe sowie des Landrates, 19 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion)

Punkt 8

124/11

10. Änderungssatzung zur Allgemeinen Gebührensatzung mit Gebührentarif für den Kreis Unna

Erörterung

Herr Landrat Makiolla ergänzt die Angaben in der Sitzungsvorlage um die Höhe der finanziellen Auswirkungen. Es würden für das Haushaltsjahr 2012 Mehreinnahmen im Umfang von 7.000 bis 9.000 Euro geschätzt. Eine genaue Bezifferung sei nicht möglich, da dies von der Inanspruchnahme der aufgeführten Leistungen abhängt.

Beschluss

Die 10. Änderungssatzung zur Allgemeinen Gebührensatzung mit Gebührentarif für den Kreis Unna wird unter Berücksichtigung der im Gebührentarif vorgenommenen textlichen Änderungen und mit den in der Spalte „Gebühren neu“ ausgewiesenen Beträgen beschlossen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 9

173/11

Übernahme einer Ausfallbürgschaft zugunsten der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna mbH (VKU)

Beschluss

Der Kreis Unna übernimmt - soweit kommunalaufsichtlich keine Bedenken bestehen - die erforderliche Ausfallbürgschaft für ein Darlehen in Höhe von 2,0 Mio. €, welches die VKU zur Finanzierung ihrer Investitionen im Jahr 2011 aufnimmt. Die Finanzierung soll auf dem Kapitalmarkt ausgeschrieben werden; das betreffende Kreditinstitut ist von der VKU noch zu benennen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt

(63 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, DIE LINKE., FWG- und GFL-Gruppe sowie des Landrates, 1 Nein-Stimme der GFL-Gruppe)

Punkt 10

089-2/11

2. Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplans für den Kreis Unna

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass über die Sitzungsvorlage DR SNr. 089-2/11 beraten werde.

Herr Kerak als Vorsitzender des Beirates für Feuerwehr und Bevölkerungsschutz erläutert, dass die Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplans in einem sehr umfangreichen und intensiven

Abstimmungsprozess mit den kreisangehörigen Kommunen und den Krankenkassen erfolgt sei. Dies habe dazu geführt, dass Aktualisierungen der ursprünglichen Sitzungsvorlage notwendig geworden seien. Wichtig sei, dass der nun vorliegende Plan von allen Beteiligten mitgetragen werde.

Herr Bremerich begrüßt das Ergebnis des Verfahrens. Im Bereich der Einsatzzeiten für Selm-Cappenberg sehe er aber Verbesserungsbedarf. Sie müssten aufgrund der Siedlungsstrukturen kürzer sein.

Lt. Herrn Landrat Makiolla stünden diese Einsatzzeiten in Zusammenhang mit der anstehenden Verlegung der Rettungswache in Lünen. Er schlage vor, nach einem Erfahrungszeitraum von einem Jahr die Auswirkungen im Beirat für Feuerwehr und Bevölkerungsschutz vorzustellen und gegebenenfalls dann eine Veränderung des Rettungsdienstbedarfsplans vorzunehmen.

Beschluss

Der nachfolgend erläuterten 2. Fortschreibung des Bedarfsplanes für den Rettungsdienst Kreis Unna wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 11

170/11

Ernennung des Kreisbrandmeisters nach § 34 Abs. 1 FSHG

Beschluss

Gemäß § 34 Abs. 1 des Gesetzes über den Feuerschutz und die Hilfeleistung NRW (FSHG) wird Herr Ulrich Peukmann mit Wirkung vom 11.10.2011 bis zum 04.10.2014 unter Berufung in das Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter zum Kreisbrandmeister des Kreises Unna ernannt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 12

Sozialticket im Kreis Unna

Erörterung

Herr Ganzke erklärt für die SPD-Fraktion, dass die vorliegenden Anträge nicht mitgetragen würden. Das Sozialticket des Kreises Unna sei eine vorbildliche freiwillige sozialpolitische Leistung. Zwar stelle das Land NRW für 2011 Gelder zur Verfügung, es sei aber fraglich, ob und in welcher Höhe dies auch im kommenden Jahr so erfolge. Diese Unsicherheiten dürften nicht über den Ticketpreis an die Nutzer weitergegeben werden. Die bestehende Regelung, nach der die Ticketinhaber und der Kreis jeweils 50 Prozent des Preises

trügen, solle beibehalten werden.

Für das Jahr 2012 solle geprüft werden, ob der berechnete Personenkreis um die Bezieher von Wohngeld erweitert und ob neben bzw. anstelle des Stadttickets Regionalverbände gebildet werden können.

Herr Sell erläutert den Antrag der Fraktion DIE LINKE. In diesem Zusammenhang geht er auf die bisherigen Beratungen und Berichterstattungen ein. Ergänzend weist er darauf hin, dass über die tatsächlichen Kosten des Sozialtickets unterschiedliche Zahlen vorlägen. So gebe es andere Angaben in der Sitzungsvorlage DRSNr. 085/10 als in dem Geschäftsbericht der Verkehrsgesellschaft Kreis Unna (VKU).

Bei Einführung im Jahr 2008 sei der Kreis Unna der erste Kreis in Nordrhein-Westfalen mit einem Sozialticket gewesen, so Herr Goldmann im Rahmen der Begründung des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Das sei ein sozialpolitisch richtungsweisender Beschluss gewesen. Er sei der Meinung, dass der vorgesehene Einsatz der Zuschüsse des Landes zur Deckung von vorgeblichen Mehraufwendungen im Haushalt der falsche Weg sei. Diese ausschließlich betriebswirtschaftliche Betrachtung werde dem sozialpolitischen Auftrag des Kreises nicht gerecht. Das Sozialticket sei zudem ein „Nullsummenspiel“ und führe nicht zu tatsächlichen Kosten.

Lt. Frau Schaumann sei das bestehende System sinnvoll und solle beibehalten werden. Außerdem müsse die Haushaltsslage des Kreises berücksichtigt werden, die eine andere Entscheidung nicht zulasse.

Frau Cziehso ergänzt, dass hier eine vernünftige Sozialpolitik mit einer vernünftigen Finanzpolitik in Verbindung gebracht werden müsse. Das sehe sie beim vorhandenen System als gegeben.

Herr Jasperneite weist darauf hin, dass das Sozialticket im Jahr 2008 für einen Versuchszeitraum von zwei Jahren beschlossen worden sei. Vor Ablauf dieses Zeitraumes seien die jetzt gültigen Regelungen eingeführt worden. Es gebe daher keine belegbaren Daten für eine Überprüfung. Darüber hinaus drohe eine erhebliche Anhebung der Umlage des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe. Vor diesem Hintergrund sei eine Veränderung bei den Regelungen zum Sozialticket nicht vertretbar.

Herr Stalz äußert die Meinung, dass dieses Thema ausführlich im Fachausschuss hätte beraten werden sollen. Der Landeszuschuss solle zur Verbesserung der Preise eingesetzt werden.

Die Zahl der Ticketinhaber habe sich seit der Einführung der 50/50-Regelung halbiert, so Herr Nadolski-Voigt. Dies sei ein eindeutiges Zeichen dafür, dass das Sozialticket jetzt zu teuer sei und viele der möglichen Nutzer die Kosten nicht aufbringen könnten.

Nach Abschluss der Erörterung erfolgt die Abstimmung über die vorliegenden Anträge (s. Punkt 12.2 und 12.3 der Niederschrift).

Punkt 12.1

167/11

Sozialticket im Kreis Unna;

Informationen der Verwaltung zu den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sozialtickets

Die Informationen der Verwaltung zu den Richtlinien Sozialticket 2011 werden zur Kenntnis genommen.

Punkt 12.2

178/11

Sozialticket

- Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 26.09.2011 -

Beschluss

Die Fördermittel des Landes für das Jahr 2011 werden ausschließlich zur Reduzierung der Kosten für die Sozialticket-Berechtigten eingesetzt.

Spätestens zum 01.01.2012 wird wieder ausschließlich das kreisweite Sozialticket angeboten. Das sogenannte Stadtticket entfällt.

Der Eigenanteil der Berechtigten wird spätestens zum 01.01.2012 auf € 15,-- herabgesetzt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt

(11 Ja-Stimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE., 51 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP und des Landrates, 4 Enthaltungen der FWG- und GFL-Gruppe)

Punkt 12.3

132/11

Land macht Weg zum Sozialticket in ganz NRW frei:

Landesförderung zum Sozialticket im Kreis Unna Preis senkend einsetzen

- Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 19.08.2011 -

Beschluss

Die Fördermittel des Landes werden anteilmäßig zur Reduzierung der Kosten für die Berechtigten eingesetzt. Der Eigenanteil für die Nutzerinnen und Nutzer des einheitlichen kreisweiten Sozialtickets wird spätestens zum 01.01.2012 auf 22,50 € herabgesetzt.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich abgelehnt

(10 Ja-Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FWG-Gruppe, 51 Nein-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, FDP und des Landrates, 5 Enthaltungen der Fraktion DIE LINKE. und der GFL-Gruppe)

Punkt 13

164/11

Verlängerung der Vereinbarung zur Mitfinanzierung ambulanter sozialpädiatrischer Behandlungen

Beschluss

Der Verlängerung der Laufzeit der Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna als örtlichem Träger der Sozialhilfe und dem Lebenszentrum Königborn als Träger der Fachklinik für Kinderneurologie und Sozialpädiatrie mit Sozialpädiatrischem Zentrum zur Mitfinanzierung der ambulanten sozialpädiatrischen Behandlung im Sozialpädiatrischen Zentrum bis zum 30.06.2015 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 14

165/11

Finanzierung der Kontaktstellen für psychisch kranke Menschen ab 2012

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, mit den Trägern der vier Kontaktstellen für psychisch kranke Menschen im Kreis Unna eine neue Vereinbarung über die pauschalierte Bezuschussung der Kontaktstellen für die Zeit vom 01.01.2012 bis zum 30.06.2015 abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 15

168/11

Psychosoziale Beratung und Begleitung / Wohnberatungsagenturen;
Fortführung der Finanzierung

Erörterung

Herr Stalz weist darauf hin, dass das in der Drucksache genannte Sitzungsdatum des Kreises nicht der 29.06.2011 sondern der 28.06.2011 gewesen sei.

Frau Hosang gibt zu Protokoll, dass es in der Begründung auf Seite 2 im dritten Absatz, Satz 2 anstelle „aus einer Hand“ heißen müsse „unter einem Dach“.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, die bestehenden Vereinbarungen mit

1. der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände im Kreis Unna über die „Förderung und Finanzierung der psychosozialen Beratung, Begleitung und Betreuung hilfe- und pflegebedürftiger Menschen im Kreis Unna (PSB)“ und
 2. den Wohnberatungsagenturen der Verbraucherzentrale NRW e.V., des „Neues Wohnen im Alter e.V.“ und der Ökumenischen Zentrale Schwerte
- bis zum 31.12.2012 zu verlängern.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 16

169/11

Verlängerung und Anpassung der Vereinbarung zur Finanzierung der Frauen- und Mädchenberatungsstelle des Frauenforums im Kreis Unna e.V.

Beschluss

Der Verlängerung der Laufzeit der Vereinbarung über die Beteiligung des Kreises Unna an der Finanzierung der Frauen- und Mädchenberatungsstelle mit der Allgemeinen Beratungsstelle für Frauen und Mädchen, der Fachberatungsstelle zu häuslicher Gewalt, der Fachberatungsstelle zu sexualisierter Gewalt, dem Frauenkrisentelefon und der Geschäftsstelle des Frauenforums im Kreis Unna e.V. bis zum 30.06.2015 und der Anpassung der Vereinbarung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 17

134/11

Änderung der Satzung des Kreises Unna zur Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder sowie von Kostenbeiträgen zur Tagespflege (EKBS)

- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Beschluss

Folgender, gem. § 50 Abs. 3 Satz 2 KrO NRW am 03.08.2011 im Wege äußerster Dringlichkeit von Herrn Landrat Makiolla und dem Kreisausschussmitglied Frau Hosang gefasster Beschluss wird genehmigt:

Die der Sitzungsvorlage als Anlage 1 beigefügte Satzung des Kreises Unna zur Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder sowie von Kostenbeiträgen zur Tagespflege (EKBS) wird beschlossen. Die Satzung tritt rückwirkend zum 01.08.2011 in Kraft.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 18

158/11

Abschluss eines Kooperationsvertrages Sport mit dem KreisSportBund Unna e.V.

Beschluss

Der Landrat wird beauftragt, den als Anlage beigefügten Kooperationsvertrag Sport mit dem KreisSportBund Unna e.V. abzuschließen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 19

145/11

5. Änderungsverfahren (Bereich „Horstmar – Niederaden – Methler“) des Landschaftsplanes Nr. 1 „Raum Lünen“ – Satzungsbeschluss

Erörterung

Lt. Herrn Bangerter betreibe der Kreis Unna eine gute Umweltpolitik. Nichts desto trotz müsse es Anspruch sein, die genutzten Instrumente dahingehend zu überprüfen, möglichst viele der an den Prozessen Beteiligten mitzunehmen. Die FDP-Fraktion halte die praktizierte Landschaftsplanung nicht mehr für zeitgemäß, insbesondere im Hinblick auf die Eingriffe in Eigentums- und Nutzungsrechte. Daher werde keine Zustimmung erteilt.

Herr Teumert weist darauf hin, dass es sich hier um ein bewährtes Verfahren handele, bei dem immer im Konsens mit allen Beteiligten vorgegangen werde. Einen Bedarf zur Veränderung sehe er daher nicht.

Beschluss

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes zum 5. Änderungsverfahren des Landschaftsplanes Nr. 1 „Raum Lünen“ vorgebrachten Anregungen, Bedenken und Hinweise werden zur Kenntnis genommen und die Prüfungsergebnisse beschlossen, die in der Anlage 1 aufgeführt sind.
2. Der Landrat wird beauftragt, die Einwender von diesem Ergebnis zu unterrichten.
3. Auf der Grundlage der vorstehenden Beschlüsse wird auf Grund des § 16, Abs. 2 LG in Verbindung mit § 29 LG, in der Bekanntmachung vom 21.07.2000, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. März 2010 (GV NW S. 185) und der §§ 5 und 26 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 646) die 5. Änderung des Landschaftsplanes Nr. 1 des Kreises Unna „Raum Lünen“, bestehend aus Karten- und Textteil sowie Erläuterungen (Anlage 2-4), als Satzung beschlossen.
4. Der Landrat wird zugleich beauftragt, die Landschaftsplanänderung der Bezirksregierung Arnsberg

anzuzeigen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt

(59 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. und der GFL-Gruppe sowie des Landrates, 7 Nein-Stimmen der FDP-Fraktion und der FWG-Gruppe)

Punkt 20

130/11

Biologische Vielfalt im Kreis Unna bewahren

- Antrag der SPD-Fraktion vom 20.07.2011 -

Erörterung

Der Landrat teilt mit, dass aufgrund der Beratung im Kreisausschuss die SPD-Fraktion heute eine Ergänzung ihres Antrages um einen dritten Spiegelstrich (s. Beschluss) vorgelegt habe, die allen Fraktionen und Gruppen zugegangen sei.

Herr Teumert erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Die Deklaration spreche zwar von Städten und Gemeinden, betrachte man aber die Punkte II bis IV, gehe es um das Aufgabenspektrum des Kreises wie z.B. Gewässerschutz oder ÖPNV. Darüber hinaus sei es sinnvoll, Kooperationen mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden auszubauen, um bessere Voraussetzungen zur Erreichung des Deklarationszieles zu schaffen. Als Grundlage solle eine Bestandsaufnahme und Analyse der bereits vorhandenen Instrumente erfolgen. Für die Erreichung der Deklarationsziele sei die Vereinbarung eines schrittweises Vorgehens denkbar. Dies könne mit den vorhandenen Ressourcen geschehen, ohne dass weitere Kosten entstünden.

Lt. Herrn Goldmann gehe es hier vorrangig um kommunale Handlungsansätze wie die Durchgrünung von Siedlungen, Verbesserung des Wohnumfeldes, Rückbau und Beruhigung von Straßen oder Dach- und Fassadenbegrünungen. In diesen Bereichen gebe es keine originären Zuständigkeiten des Kreises. Bestätigt werde dies dadurch, dass unter den bisher mehr als 200 beigetretenen Gebietskörperschaften nur zwei Kreise seien, die beide nicht in Nordrhein-Westfalen lägen. Erhalte der Antrag eine Mehrheit und solle eine ernsthafte Umsetzung erfolgen, könne er sich nicht vorstellen, dass damit keine Personal- und Sachkosten verbunden seien. Als Beispiel verweise er auf die Erfahrungen in Schwerte und Iserlohn. Zu begrüßen wäre, wenn der Kreis eine Koordinierungsfunktion übernehmen und auch die Kommunen mitnehmen würde, die sich bisher noch nicht mit der Thematik auseinander gesetzt haben.

Trotz der geäußerten Bedenken werde die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Hoffnung dem Antrag zustimmen, dass unter den genannten Aspekten positive Ergebnisse zu erreichen seien.

Der Kreis habe in den Bereichen Umweltschutz, Stadt- und Verkehrsplanung schon viel erreicht, so Herr Bangerter. Ebenfall sei das Bewusstsein für die Themen in den Städten und Gemeinden vorhanden und werde in eigenes Handeln umgesetzt. Die formulierten Ziele würden ausdrücklich geteilt. Allerdings bestünde die Befürchtung, dass mit der Annahme des Antrages eine Aufblähung der Umweltbürokratie verbunden sein

würde. Anzustreben sei aber eine Verschlankung der Verwaltung. Daher werde die FDP-Fraktion nicht zustimmen.

Für die CDU-Fraktion erklärt Herr Jasperneite die grundsätzliche Unterstützung des Antrages. Er sei aber ebenfalls der Meinung, dass bei einer ernsthaften Umsetzung Kosten entstünden. Nach Ablauf von zwei Jahren solle die Umsetzung auf ihre Auswirkungen und die Sinnhaftigkeit einer weiteren Fortführung überprüft werden. Es dürfe mit Annahme des Antrages aber nicht verbunden sein, dass wegfallende Aufgaben hierdurch ersetzt würden. Sollte sich zudem nach dieser Frist heraus stellen, dass es sich vorrangig um kommunale Aufgaben handele, werde die Fraktion die Initiative ergreifen, die Wahrnehmung auch nur dort anzusiedeln. Insoweit werde es eine kritische Begleitung geben.

Herr Landrat Makiolla merkt an, dass nach der Gemeindeverfassung unter den Oberbegriff Kommune sowohl Städte und Gemeinden als auch Kreise fallen. Soweit von kommunalen Aufgaben die Rede sei, betreffe dies also ebenfalls die Kreise.

Lt. Herrn Dr. Laarmann sehe die GFL-Gruppe den Vorteil der besseren Vernetzung beim Beitritt des Kreises zur Deklaration und unterstütze daher den Antrag. Er sehe zwar auch die geäußerten Bedenken bzgl. der finanziellen Auswirkungen, allerdings handele es sich um ein überschaubares Projekt, das zudem nach einiger Zeit überprüft würde.

Ihm sei das Ziel des Antrages nicht klar, so Herr Hüppe. Daher bitte er um Erläuterung.

Intention des Antrages sei, die hier ursprünglich vorhandenen Arten vor Ort zu halten und gegebenenfalls durch die Schaffung ökologischer Rahmenbedingungen abgewanderte Arten erneut anzusiedeln, so Herr Teumert. Die vorhandenen Möglichkeiten sollten hierzu genutzt werden.

Herr Landrat Makiolla ergänzt die Ausführung um das Beispiel der Ökologiestation des Kreises Unna, wo autochthone Obstbaumarten mit dem Ziel der Wiederansiedlung und Verbreitung angepflanzt würden. Zudem sage er die geforderte Überprüfung zu.

Beschluss

Der Kreis Unna bekennt sich aufbauend auf die bisherige Arbeit zum bundesweiten Bündnis für biologische Vielfalt und dokumentiert dies mit dem Unterschreiben der Erklärung „Deklaration Vielfalt in Kommunen“ - veröffentlicht am internationalen Tag der Biodiversität am 22. Mai 2010.

Die Verwaltung wird außerdem beauftragt darzustellen:

- Wie sich die bisherige Tätigkeit im Bereich Natur und Umwelt vor dem Hintergrund der Deklaration darstellt
- Welche Hinweise die Deklaration für die zukünftige Arbeit enthält
- Wie die Kooperation zwischen den Städten und Gemeinden und dem Kreis zur Erhaltung der biologischen Vielfalt zu fördern ist

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt

(57 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FWG- und GFL-Gruppe sowie des Landrates, 2 Nein-Stimmen der CDU-Fraktion, 7 Enthaltungen der CDU- und FDP-Fraktion)

Punkt 21

150/11

Planung und Herrichtung der Außenanlagen am Gästehaus der Ökologiestation

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.08.2011

Erörterung

Lt. Herrn Landrat Makiolla sei sowohl in der Sitzung des Natur- und Umweltausschusses am 27.09.2011 als auch in der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses vereinbart worden, dass die Verwaltung für die Haushaltsberatungen 2012 ein Konzept für die Gestaltung der Außenanlagen am Gästehaus der Ökologiestation unter Angabe der notwendigen Kosten erstelle und erst dann eine Abstimmung über den Antrag erfolgen solle.

Herr Jasperneite schließt sich diesem Vorschlag an, weist aber darauf hin, dass die CDU-Fraktion bei ihrer ablehnenden Haltung zum Gästehaus bleibe.

Herr Goldmann geht auf die Ausführungen von Herrn Jasperneite ein. Er habe Verständnis und Respekt vor den politischen Kräften, die die Maßnahme nach wie vor kritisch betrachteten. Es müsse aber im allgemeinen Interesse des Kreises sein, die mehrheitlich getragene und auch umgesetzte Entscheidung für das Gästehaus unter die für einen attraktiven, über die Kreisgrenzen hinausstrahlenden und vor allem auch wirtschaftlichen Betrieb notwendigen Rahmenbedingungen zu stellen. Er appelliere daher an alle, vor allem an diejenigen mit einer kritischen Haltung, die Voraussetzungen für diese Rahmenbedingungen mitzutragen.

Er schlage vor, die weitere Beratung – wie vereinbart – im Rahmen der Haushaltsberatungen zu führen, so der Landrat. Damit sind die Mitglieder des Kreistages einverstanden.

Punkt 22

Hydraulic Fracturing

Erörterung

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass er heute Vormittag mit Herrn Regierungspräsidenten Prof. Dr. Bollermann eine gemeinsame kreisweite Informationsveranstaltung zum Thema Fracking vereinbart habe. Er werde dies auch in der nächsten Bürgermeisterkonferenz besprechen. Der Regierungspräsident und die Experten der Bezirksregierung würden an der Veranstaltung teilnehmen, um die politisch Verantwortlichen im

Kreis Unna sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger und die Vertreter von Bürgerinitiativen über den Verfahrensstand und das weitere Vorgehen ausführlich zu informieren.

Es läge seit heute ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, der damit die Drucksachennummern 171/11 und 174/11 ersetze. Bestehen bleibe der Antrag der FDP-Fraktion vom 05.10.2011. Der gemeinsame Antrag sei der weitergehende, daher werde über diesen zuerst abgestimmt.

Er begrüße, das es gelungen sei, einen gemeinsamen Antrag zu diesem Thema einzubringen, so Herr Jasperneite. Er appelliere an alle, insbesondere an die FDP-Fraktion, diesen Antrag mitzutragen, der in seiner Wirkung auf die anderen Beteiligten, die Bezirksregierung sowie die Gesetzgeber auf Landes- und Bundesebene, eine hohe Wichtigkeit habe im Hinblick auf mögliche weitere unkalkulierbare Belastungen für die Region, die bereits u.a. die Folgen des Bergbaus zu tragen habe.

Lt. Frau Cziehso halte sie es ebenfalls für gut, dass es einen gemeinsamen Antrag gebe. Bedauerlich sei, dass die FDP-Fraktion ihren Antrag aufrechterhalte. Sie habe aber Verständnis dafür, dass hier unterschiedliche Positionen vorlägen. Dass es eine gemeinsame Veranstaltung mit dem Regierungspräsidenten geben werde, sei hervorragend. Sie weist darauf hin, dass in Lünen der Rat bereits die Durchführung einer Informationsveranstaltung für alle Interessierten beschlossen habe. Ein Termin stehe noch nicht fest.

Herr Stalz führt aus, dass die Bevölkerung von diesem Thema stark berührt werde. Eine Informationsveranstaltung, die zu einem besseren Sachstand führe, sei daher gut. Bei den geplanten Verfahren müsse sichergestellt werden, dass es keine schädlichen Einflüsse auf die Umwelt, insbesondere auf den Trinkwasserschutz, gebe. Das hier berührte Bergrecht gehe nicht weit genug und müsse angepasst werden. Die zuständige Bergbehörde habe einen Antrag zur Änderung an das Land gestellt, der an den Bundesrat zuständigkeitshalber weitergereicht worden sei. Er sei unter der Drucksachenummer 388/11 in die zuständigen Ausschüssen gegeben worden. Allerdings müsse nach seinem Kenntnisstand das Land tätig werden, damit der Antrag weiter behandelt werde. Er fordere daher alle anwesenden Parteien auf, sich sowohl beim Land als auch beim Bund für die weitere Umsetzung einzusetzen.

Die im heute zu beratenden gemeinsamen Antrag aufgestellten Forderungen würden bereits durch die Bezirksregierung umgesetzt. So gebe es u.a. eine Ausschreibung für ein Gutachten zu den Risiken des Fracking, dessen Ergebnisse Mitte nächsten Jahres vorliegen sollen. Bis dahin werde es keinerlei Genehmigung für Bohrungen geben.

Er schlage vor, die unter Punkt 4 im Antrag formulierte Aufforderung abzuändern. Es sei schwieriger das Bundesberggesetz zu ändern als die Rechtsverordnung, für die der Bundesrat zuständig sei. Daher solle die Forderung an den Bundesrat gerichtet werden. Zudem sei eine Erweiterung über Erdgas hinaus auf Erdöl und Erdwärme zu überdenken, weil es auch hier zu nachteiligen Auswirkungen für die Umwelt kommen könne.

Herr Schilken betont, dass sich die FDP-Fraktion bewusst nicht dem gemeinsamen Antrag angeschlossen habe, da sie den eigenen Antrag für konkreter und weitergehender im Hinblick auf den Trinkwasserschutz und eine Umweltverträglichkeitsprüfung halte. Zudem sei eine Prüfung der Auswirkungen auf den

Arbeitsmarkt und die lokale Energieversorgung enthalten. Er beantrage daher, zuerst über den Antrag der FDP-Fraktion abzustimmen.

Der gemeinsame Antrag sei der weitergehendere, so der Landrat, da generell das Hydraulic Fracturing-Verfahren abgelehnt werde. Dies sei bei dem Antrag der FDP-Fraktion so nicht gegeben, auch wenn er an anderer Stelle konkreter sei. Er halte daher an der Abstimmungsreihenfolge fest.

Herr Sell erklärt für die Fraktion DIE LINKE. die Zustimmung zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die GFL-Gruppe begrüße lt. Herrn Dr. Laarmann ausdrücklich den fraktionsübergreifenden Antrag. Wichtig sei ergänzend dazu für den Schutz des Trinkwassers die Forderung nach einem Umweltverträglichkeitsgutachten, wie von der FDP-Fraktion formuliert. Die Bezirksregierung habe im Rahmen einer Informationsveranstaltung im September hervorgehoben, dass es kein Bohr-Moratorium in Westfalen gebe. Damit würde Druck in Richtung des Bundes aufgebaut.

Die von Herrn Stalz vorgeschlagene Erweiterung des Antrages entspreche nicht der Intention der SPD-Fraktion, so Frau Cziehso, da sie sich nicht grundsätzlich gegen Geothermie-Vorhaben ausspreche. Der gemeinsame Antrag solle als Einstieg gesehen werden. Von der angekündigten Informationsveranstaltung seien weitere zu berücksichtigende Erkenntnisse zu erwarten.

Ergänzend zu seinen Ausführungen schlägt Herr Stalz vor, den umfassenderen Inhalt des Antrages des Landes zu übernehmen, da er es für unsinnig halte, hinter den dortigen Forderungen zurück zu bleiben. Zudem halte er den Weg über den Bundesrat für hilfreicher und erfolgsversprechender.

Ziel des Antrages sei es, so Herr Jasperneite, die Technik, die derzeit für das Fracking angewendet werde, für den Kreis Unna auszuschließen und damit verbundene Umweltbelastungen zu verhindern. Alles darüber hinaus gehende könne zum jetzigen Zeitpunkt weder beurteilt noch beschlossen werden.

Lt. Herrn Goldmann gehe es heute insbesondere um ein politisches Signal zu einem sensiblen und hochkomplexen Thema. Er schlage für das weitere Verfahren vor, über den Antrag in der eingebrachten Form abzustimmen und die von Herrn Stalz gemachten Ausführungen in das Anschreiben an die Bezirksregierung mit aufzunehmen.

Herr Landrat Makiolla greift diesen Vorschlag auf und schlägt vor, die von Herrn Stalz gemachte Anregung bzgl. des Bundesrates in ein Anschreiben an die Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen aufzunehmen, die derzeit Vorsitzende des Bundesrates sei.

Diesem Verfahrensvorschlag wird zugestimmt. Sodann wird über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.10.2011 „Einsatz von Hydraulic Fracturing beim Aufsuchen und Fördern von unkonventionellem Erdgas“ abgestimmt.

Beschluss

Der Kreistag beauftragt den Landrat, mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln auf folgende Punkte hinzuwirken:

1. Der Landrat als Untere Wasserbehörde des Kreises Unna wird seine Befugnisse mit Blick auf die bestehenden umfangreichen Schutzzonen für die öffentliche Wasserversorgung, der zahlreichen Einzelbrunnen, der aufwendigen Gewässerrenaturierung und der bergbaubedingt verbreiteten Störungen der Boden- und Grundwasserhorizonte voll ausschöpfen, um Gefährdungen für die Wasserqualität durch Hydraulic Fracturing abzuwenden.
2. Die Initiativen der Landesregierung zur Technikfolgenabschätzung (Gutachten) und das damit einhergehende Moratorium zunächst bis Mitte 2012 werden unterstützt. Die Bezirksregierung Arnsberg wird die erkundenden Unternehmen verpflichten, im Rahmen der Beantragung von Genehmigungen, Erlaubnissen o.ä. volle Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit über die jeweiligen Methoden, eingesetzten Stoffe und konkrete Maßnahmen zu gewährleisten.
3. Weiterhin führt die Bezirksregierung ein wasserrechtliches Verfahren durch, solange das Bundesberggesetz eine solche Regelung nicht verbindlich vorschreibt. Ohne verlässliche Garantien zu umweltschonenden Gewinnungsverfahren dürfen keine wasserrechtlichen Genehmigungen zur Aufsuchung und Gewinnung unkonventionellen Erdgases erteilt werden.
4. Der Deutsche Bundestag wird aufgefordert, das Bundesberggesetz im Sinne einer umfassenden und strengen Umweltverträglichkeitsprüfung ohne Volumenbeschränkung für Erdgasvorkommen jeglicher Art und mit dem Ziel qualifizierter und verbindlicher Beteiligungsverfahren von Gebietskörperschaften und Öffentlichkeit auch für derartige Vorhaben umgehend zu ändern.
5. Eine Erkundung und Nutzung unkonventioneller Erdgasvorkommen im Gebiet des Kreises Unna wird bis zur Auswertung des Landesgutachtens ausgeschlossen.

Abstimmungsergebnis

mehrheitlich zugestimmt

(60 Ja-Stimmen der Fraktionen SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE. und der FWG- und GFL-Gruppe sowie des Landrates, 5 Nein-Stimmen der FDP-Fraktion)

Der Landrat stellt fest, dass sich damit die Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion erübrige.

Punkt 22.1

171/11

Unkonventionelle Erdgasförderung (Hydraulic Fracturing) im Kreis Unna

- Antrag der CDU-Fraktion vom 14.09.2011 -

s. Punkt 22 der Niederschrift

Punkt 22.2

174/11

„Schutz der Bevölkerung und des Trinkwassers im Kreis Unna vor den möglichen Folgen des Hydraulic Fracturing“ - Verabschiedung einer Resolution

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21.09.2011

s. Punkt 22 der Niederschrift

Punkt 23

175/11

Bestellung einer Beschäftigten zur Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes

Beschluss

Frau Kathrin Gasseling wird mit sofortiger Wirkung zur Prüferin des Rechnungsprüfungsamtes bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 24

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

1. Anfragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass er die beiden Anfragen bereits in der gestrigen Sitzung des Kreisausschusses beantwortet habe und sie seitens des Anfragenden für erledigt erklärt worden seien.

2. Anschreiben der Agentur für Arbeit Dortmund

Die Agentur für Arbeit Dortmund habe mitgeteilt, dass bei der Bundesagentur beschlossen worden sei, die Zuständigkeitsgrenzen der Agenturen im östlichen Ruhrgebiet im kommenden Jahr zu verändern. Danach werde es für das gesamte Kreisgebiet die Zuständigkeit der Arbeitsagentur Hamm und somit die Einräumigkeit der Verwaltung geben. Zugesichert werde dabei der Erhalt der Geschäftsstellen vor Ort, so dass keine unzumutbaren Wege entstehen würden. Ebenfalls sichergestellt sei, dass das Berufsinformationszentrum in Dortmund von den Schülerinnen und Schülern aus Schwerte, Lünen und Selm weiterhin in Anspruch genommen werden könne. Für die Kunden entstünden somit keine spürbaren Veränderungen. Über weitere Veränderungen, die die Strukturen und die zukünftige Namensgebung betreffen, werde auf der Ebene der Agentur zu verhandeln sein.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 25

127/11

Neubau der Kreisstraße 10n in Schwerte

- Vergabe des Auftrags -

- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Punkt 26

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Ende der Sitzung

17.15 Uhr

Makiolla

Vorsitzender

Bierwolf-Siegrist

Schriftführerin